

Stellungnahme vom 25. März 2020

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Umwelt- und Agrarausschuss

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3773

Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V.
Friends of the Earth
Germany

Landesverband
Schleswig-Holstein
e.V.

Fon 0431 66060-0
Fax 0431 66060-33

info@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Ann Kristin Montano,
Naturschutzreferentin

annkristin.montano
@bund-sh.de
Fon 0431/66 060-51

Kirsten Kock,
Mobilitätsreferentin

kirsten.kock
@bund-sh.de

● **Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Abgeordneten des SSW – Klimaschutz im Straßenverkehr – jetzt! (Lt. Drucksache 19/1899)**

Der BUND Schleswig-Holstein bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und nimmt zum Antrag „Klimaschutz im Straßenverkehr“ wie folgt Stellung:

Grundsätzliches:

Die Messdaten zeigen deutlich, dass die Klimakrise bereits begonnen hat; Hitzesommer, Dürreperioden und Sturmfluten werden uns zukünftig häufiger und immer heftiger begegnen. Dies wird nicht nur zu einer Verschlechterung der Lebensqualität vieler Menschen beitragen, sondern auch immer stärker zu einer immensen wirtschaftlichen Belastung führen, die im Grunde vermeidbar ist. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen bereits starke und radikale Maßnahmen ergriffen werden, um das Schlimmste noch zu verhindern. Dennoch werden politische Entscheidungen, trotz der immer offensichtlicher bedrohlichen und kostspieligen Lage, häufig zugunsten der Problem-Verursacher*innen getroffen.

Einer der Hauptverursacher ist hierbei der aktuell politisch stark begünstigte motorisierte Individualverkehr. Der BUND Schleswig-Holstein sieht es als einen prioritären ersten Schritt für die dringend notwendige Verkehrswende und consequenten Klimaschutz an, ein Tempolimit (das in anderen Staaten in Europa bereits existiert) einzuführen sowie Kraftstoffverbrauch und Größe neu zugelassener Wagen zu begrenzen. Der BUND Schleswig-Holstein fordert zudem ambitionierte Effizienzvorgaben für alle Antriebe.

Der BUND Schleswig-Holstein sieht im Antrag des SSW zum Klimaschutz im Straßenverkehr grundsätzlich einen guten zeitgemäßen Ansatz. Dieser würde auch der Idee einer Vorreiterrolle des Bundeslandes im Umgang mit dem Klima entsprechen und den richtigen Anreiz setzen. Um den aktuellen, leider sehr schnell voranschreitenden Entwicklungen gerecht zu werden, hält der BUND eine Verschärfung einiger Unterpunkte

für sinnvoll. Dies mit dem Verweis darauf, dass ein noch späteres Reagieren noch abruptere Maßnahmen erforderlich machen wird.

Zu den Punkten:

Geschwindigkeitsbegrenzung

Der Begründung im Antrag des SSW kann seitens des BUND Schleswig-Holstein zugestimmt werden. Zu diesem Punkt ist außerdem anzumerken, dass sich zum Thema Geschwindigkeitsbegrenzung ein Bündnis gebildet hat, dass in seiner Zusammensetzung über die klassischen Bündnisse der Naturschutzbelange hinausgeht. Auch dies sollte als klares Signal verstanden werden, dass eine Begrenzung der Geschwindigkeit gesellschaftlich gewünscht und gefordert ist.

Das Bündnis für Tempolimit (u.a. vom BUND unterstützt) fordert ein Tempolimit von 80 km/h außerorts sowie 100 km/h tagsüber und 120 km/h nachts auf Autobahnen. Damit können nach Einschätzung der Deutschen Umwelthilfe bis zu 8 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Zudem vermindert eine entsprechende Verringerung der Geschwindigkeit die Unfallgefahr auf deutschen Straßen. Der BUND Schleswig-Holstein schließt sich daher der Forderung an und empfiehlt diese als zeitgemäß für eine Bundesratsinitiative.

LKW-Überholverbot

Dieser Forderung stimmt der BUND Schleswig-Holstein zu.

Kraftstoffverbrauchsgrenzen

Der Begründung im Antrag des SSW kann seitens des BUND Schleswig-Holstein zugestimmt werden. Bei der Verringerung des Kraftstoffverbrauchs und dem gleichzeitigen Trend zu leistungsstärkeren Fahrzeugen sowie zunehmender Ausstattung mit verbrauchserhöhenden Komforteinrichtungen handelt es sich um einen typischen Rebound-Effekt. Dieser tritt oftmals da ein, wo mit verbesserter Effizienz geworben wird, die suggeriert, dass eine verstärkte Nutzung oder eine Vergrößerung schon nicht so schlimm sein würde. Trotz der anfänglichen Effizienzsteigerung steht am Ende dann ein absoluter Mehrverbrauch in der Summe. Dies ist ein maßgeblicher Grund für die Jahr für Jahr beständig steigenden CO₂-Höchststände. Die Forderung nach einem Limit für den Kraftstoffverbrauch wird vom BUND Schleswig-Holstein daher unterstützt.

Insbesondere die vom SSW geforderten absoluten Grenzwerte pro neu zugelassenem Fahrzeug gehen weiter als die zurzeit bestehenden Vorgaben für die PKW-Flotte. Diese Regelung wird vom BUND Schleswig-Holstein daher grundsätzlich begrüßt. Weiterführend müssen aber absolute Kraftstoffverbrauchsgrenzen pro Fahrzeug eingeführt werden, nicht pro Masse (wie jetzt), da dem Trend zu größeren Fahrzeugen sonst weiterhin Anschlag geleistet wird. Es ist daher zusätzlich unerlässlich, absolute Begrenzungen der

Fahrzeuge in Größe und Gewicht einzuführen, um den sich ständig erhöhenden Neuzulassungen von großen Fahrzeugen wie SUVs, die sowohl für das Klima als auch für den Menschen eine wachsende Gefahr darstellen, Einhalt zu gebieten.

Dieser Punkt betrifft zudem noch den Aspekt der Reinheit der Luft, die zurzeit in der Nähe von Messstellen aufwendig mit sperrigen Reinigungskästen behandelt werden soll. Auch hier würde eine Begrenzung der Fahrzeuge in Größe und Gewicht zum allgemeinen Wohlbefinden und Gesundheitszustand von Bürger*innen beitragen.

Sowohl ein absoluter CO₂-Grenzwert pro Fahrzeug als auch alternativ ein absoluter Kraftstoffverbrauch pro Fahrzeug hält der BUND Schleswig-Holstein für ein wirksames Mittel, die Anreize für die Automobil-Industrie in Richtung des Faktors Verbrauch zu lenken. Wichtig dabei ist, starke und ambitionierte Ziele zu setzen, um die Automobilbranche, als einen der größten Player in der Klimakrise, zu tatsächlichen Veränderungen zu bewegen. Auch zu beachten ist, dass absolute Grenzwerte festgelegt werden müssen. Prozentuale CO₂-Minderungen bieten Interpretationsspielraum für Hersteller*innen und sind daher nicht zielführend.

Wie bereits oben angemerkt fordert der BUND zudem die Entwicklung von ambitionierten Effizienzvorgaben für alle Antriebe, also nicht nur für Diesel- und Benziner, sondern auch für alle E-Antriebe.

Der BUND Schleswig-Holstein begrüßt den Antrag des SSW zu Klimaschutz im Straßenverkehr im Grunde, bittet, die genannten Punkte zu berücksichtigen und die Aspekte für eine Bundesratsinitiative entsprechend zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Ann Kristin Montano
Referentin für Naturschutz und Öffentlichkeitsarbeit

Kirsten Kock
Mobilitätsreferentin